



AUF EIN WORT

Gerade junge Menschen unter 25 und ältere Beschäftigte sind die Verlierer der Krise. Deshalb haben wir im Bundestag um die Fortführung der geförderten Altersteilzeit gekämpft - sie ermöglicht Älteren einen flexiblen Übergang in die Rente und dient gleichzeitig jungen oder erwerbslosen Menschen als Brücke in Beschäftigung.

Doch Dank sozialdemokratischem Arbeitsminister wurde die Förderung der Altersteilzeit auf Ende 2009 begrenzt. Gerade Menschen mit geringem Einkommen können es sich schlicht nicht leisten, dieses Instrument weiter in Anspruch zu nehmen. Den Kolleginnen und Kolleginnen, die nicht mehr in den Genuss der geförderten Altersteilzeit kommen nutzt es auch wenig, wenn die SPD nun auf der Oppositionsbank doch noch ein Herz für die Altersteilzeit entwickelt hat. Auf dem Arbeitsmarkt fehlen mindestens 4,5 Millionen Jobs und es ist nicht zu erwarten, dass die Lage am Arbeitsmarkt im Jahr 2010 besser wird.

Euer

SCHWERPUNKT: „In der Fläche müssen wir stärker werden!“ - Landesparteitag der bayerischen LINKEN

Am 5. Dezember 2009 fand in Erlangen der 3. Landesparteitag der bayerischen LINKEN statt.

Kämpferische Grußworte prägten den Beginn des Landesparteitags. So betonte Stefan Doll (DGB-Vorsitzender Mittelfranken), wie verheerend sich Kopfpauschale und Teil-Privatisierung der Pflegeversicherung auf die Beschäftigten auswirken werden. Er griff auch das völlige Versagen der bayerischen Staatsregierung in der Krisenregion Mittelfranken an. Elke Hahn (GEW Bayern und Mitglied der LINKEN), hob den dringenden Änderungsbedarf im dreigliedrigen Schulsystem hervor. Und: Bildung darf nichts kosten.

In seiner Wahlkampfausewertung erläuterte Klaus Ernst, Fraktions-Vize und Vorsitzender der Landesgruppe Bayern, wie unsozial und ungerecht die Entlastungen des „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“ sind: Der Steuerfreibetrag wird pro Kind um 1000 Euro erhöht, das bedeutet bei Vielverdienern eine jährliche Entlastung von 490 bis 500 Euro, bei Normalverdienern 240 Euro (20 Euro im Monat) und Menschen mit Hartz IV gehen völlig leer aus.

Ernst hob hervor, dass nun der Parteaufbau in der Fläche im Vordergrund steht: „Wir müssen in Bayern



Blumen für die neu- und wiedergewählten Bundestagsabgeordneten der LINKEN. Bayern

die Partei aufbauen, in die Fläche gehen, Mitglieder werben, uns nicht abschnitten gegen neue Mitglieder, sondern sie einbinden. Wir brauchen dazu in Bayern Leute, die sich bisher nicht vorstellen konnten, in DIE LINKE, in eine sozialistische Partei einzutreten, wir müssen sie abholen. Sonst besteht die Gefahr, dass wir unter fünf Prozent bleiben.“

Obwohl er viel Beifall von den Delegierten bekam, zeigte der weitere Verlauf des Parteitages, dass die Partei gerade für diese Aufgaben noch besser gerüstet werden muss. Die Wahlen zum Bundesausschuss und zu wichtigen Kommissionen wurden vorgezogen und zogen sich wegen ausführlichen Befragungen in

die Länge. Über den Rechenschaftsbericht des Landesvorstands gab es keine Debatte. Aufgrund der Zeitverzögerung konnte außer über einem Antrag zum Bildungsstreik über keinen weiteren Antrag mehr abgestimmt werden. Alles weitere - darunter zwei große Anträge zu Maßnahmen zum Parteaufbau und zur Arbeit des Landesvorstandes - wurde auf einen Parteitag im Herbst 2010 vertagt.

WIR WÜNSCHEN EUCH
UND EUREN FAMILIEN
ERHOLSAME FEIERTAGE UND
EINEN KRAFTVOLLEN START
INS NEUE JAHR.

Gründung der Landesgruppe Bayern: Sprecher ist Klaus Ernst

Am 1. Dezember hat sich die Landesgruppe Bayern der LINKEN Bundestagsabgeordneten gegründet. Sprecher ist Klaus Ernst, stellvertretende Sprecherin ist Eva Bulling-Schröter. Zum Vorhaben und Selbstverständnis der Landesgruppe gehören neben bayernspezifischen parlamentarischen Initiativen auch die Vorbereitung gemeinsamer Projekte und Veranstaltungen sowie ein gemeinsamer Auftritt mit Vorstellungsflyer und Landesgruppen-Homepage.

Sozialpass ade: CSU zeigt keine Einsicht

Die fraktionsübergreifende und auch von diversen Wohlfahrtsverbänden getragene Initiative eines Sozialpasses in Schweinfurt ist nun auch im zweiten Anlauf gescheitert. Der Haushalt 2010, in dem ein Sozialpass nicht vorgesehen ist, wurde mit 23 zu 21 Stimmen vom Stadtrat angenommen. Unter anderem hatte auch die Fraktion der LINKEN dagegen votiert. Damit dürfte der Sozialpass auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben sein: Skandalös in einer Stadt mit deutlich über 20 Prozent Kinderarmut und mehr als 4.000 Menschen, die auf Hartz IV angewiesen sind.

Zunahme prekärer Beschäftigung

Auf eine kleine Anfrage der LINKEN im Deutschen Bundestag nach der Entwicklung verschiedener Beschäftigungsformen zeigten sich erschreckende Ergebnisse: schlecht bezahlte und unsichere Arbeit wachsen auf Kosten von Vollzeitbeschäftigten an. Von 1999 bis

SCHWEINFURT: Frank Firsching ist Oberbürgermeisterkandidat der LINKEN in der Stadt Schweinfurt

Auf der Aufstellungsversammlung des Kreisverbandes DIE LINKE. Schweinfurt am 24. November wurde Frank Firsching, Kreisvorsitzender und DGB-Chef der Region Main-Rhön/Würzburg, einstimmig zum Oberbürgermeisterkandidaten für die Wahl am 7. März 2010 gewählt.

Klaus Ernst, Direktkandidat zur Bundestagswahl und stellvertretender Partei- und Fraktionsvorsitzender, gratulierte Firsching und sagt ihm seine Unterstützung im Wahlkampf zu. Mit bis zu 26 Prozent der Zweitstimmen in einigen Wahlbezirken zur Bundestagswahl gibt es gerade in Schweinfurt großes Poten-

tial auf kommunalpolitischer Ebene.

Unter großem Applaus nahm Firsching die Wahl an und bedankte sich für das Vertrauen. „Die Menschen“ so Firsching „also alle Bürgerinnen und Bürger Schweinfurts, müssen wieder im Mittelpunkt des politischen Handelns stehen.“ Dies sei bei 4.000 Hartz IV -Bezieher/innen und einer enormen Kinderarmut in der Stadt schon lange nicht mehr gegeben. Firsching weiter „Die CSU darf an einer Richtungsänderung hin zu einer sozialeren Politik nicht länger vorbeikommen.“

Firsching stellte einen engagierten Wahlkampf in Aussicht, auch natürlich mit der breiten Unterstützung durch den ganzen Kreisverband. ◀



Klaus Ernst gratuliert dem LINKEN Oberbürgermeisterkandidaten für Schweinfurt Frank Firsching.

GEWERKSCHAFTEN: „Fonds sind blind“ - Solidarität mit den Beschäftigten von AlzChem

Rund 2.000 Menschen haben sich am 17. Dezember an einer Demonstration mit Lichterkette in Traunstein und Altötting-Mühldorf beteiligt und auf diesem Wege ihre Solidarität mit den Beschäftigten von AlzChem ausgedrückt. Auch Genossen und Genossinnen aus den Kreisverbänden Traunstein und Altötting-Mühldorf beteiligten sich und zeigten Flagge.

In einer Solidaritätsadresse betont Klaus Ernst: „Das Schicksal des AlzChem-Werks ist beispielhaft dafür, dass unser Wirtschaftssystem offensichtlich aus dem Ruder läuft: es geht nicht

mehr darum, allen Menschen Waren und Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen oder langfristig ein Unternehmen aufzubauen. Ein Beteiligungsfonds wie Blu0 will nur noch kurzfristig exorbitant hohe Renditen erzielen. Dafür wird blind für die Beschäftigten und die Menschen vor Ort gekauft, zer schlagen und weiter verkauft.“

DIE LINKE fordert deshalb unter anderem verbesserte Mitbestimmungsmöglichkeiten für die betroffenen Arbeitnehmer im Fall von Betriebsänderungen. ◀



v.l.n.r. Helmut Wagner, Erwin Kellermann, Michael Fürst und Gerhard Benker (Foto: Peter Kurz)

BAYERN: Tausende fordern kostenfreie, demokratische und selbstbestimmte Bildung

Seit Anfang November befinden sich Hunderttausende Schüler/innen und Studierende in Österreich und Deutschland wieder im Bildungsstreik. Am 17. November, dem bisherigen Höhepunkt der Aktionen, beteiligten sich bundesweit insgesamt 300.000 Studierende, Schüler, Eltern und Lehrende. Es handelt sich um die größte Protestaktion an Schulen und Hochschulen seit der 68-er Bewegung.

In Bayern gab es Aktionen in Augsburg, Bayreuth, Coburg, Erlangen, München, Nürnberg, Passau, Regensburg und Würzburg, daran beteiligten sich mehr als 13.000 junge Menschen. Viele Hörsäle in Bayern waren wochenlang besetzt – das Münchner Audimax soll es auch über Weihnachten bleiben.

Was sind die Ziele des Bildungsstreiks?

Die Studierenden fordern eine radikale Umgestaltung des „Bologna-Prozesses“, der im Ergebnis eine Verschulung des Studiums bei zu kurzer Dauer, verbunden mit ständigem Prüfungsdruck sowie eine unzureichende Berufsq

lifikation brachte. Sie fordern, dass die Ausgestaltung der Hochschulausbildung nicht mehr wie bisher von anderen entschieden wird, sondern sie wollen sich daran selbst und maßgeblich beteiligen. In Bayern protestieren Schüler/innen und Elternverbände schon lange gegen die übereilte Verkürzung der Gymnasialzeit auf das G8: Als Folge davon bestimmen Verschulung, unzumutbarer Leistungsdruck bei Klassenstärken von oft über dreißig und ein blühendes Geschäft mit privater Nachhilfe den Alltag an Bayerns Gymnasien. Die Jugendlichen wenden sich gegen das dreigliedrige Schulsystem. Bildung muss kostenfrei sein und für jeden zugänglich! 63 Prozent der Studierenden müssen zusätzlich zum Studium arbeiten, nur wenige bekommen ein Stipendium. Die Streikenden fordern: Weg mit den Studiengebühren! Eine bessere Ausstattung der Universitäten statt überfüllter Hörsäle und fehlender Lehrmittel, ein zum Leben ausreichendes Stipendium (BAföG)



Das Audimax der Münchner Universität wird seit Wochen besetzt. (Quelle: unsere uni münchen / flickr)

ohne Rückzahlungspflicht und mit längerer Bezugszeit für alle, deren Eltern nicht zahlen können.

Bildungsland Bayern?

Die OECD attestiert es schon lange: nirgendwo sonst, wie in Deutschland und insbesondere Bayern, bestimmt die soziale Herkunft so stark den Zugang zum Bildungssystem. Zwar hat die Bundes-Bildungsministerin die längst überfällige Anpassung des BAföG versprochen, geht aber auf alle weiteren Forderungen nicht ein. Die Konferenz der Hochschulrektoren am 24.11.09 in Leipzig sprach sich für Beibehaltung der Bachelor- und Masterstudiengänge aus.

In Bayern hält die gesamte Staatsregierung eisern fest an Studiengebühren und am dreigliedrigen Schulsystem. Ja, sie ist richtig stolz auf ihre Hochbegabten- und Eliteförderung zu Lasten eines Großteils der Studierenden und Schüler/innen.

Die Antwort der Streikenden: Wir machen weiter, bis unsere Forderungen erfüllt sind! DIE LINKE solidarisiert sich mit allen Forderungen der Streikenden. Bildung ist keine Ware, Bildung ist ein Menschenrecht! ◀

2008 fielen 1,36 Millionen Vollzeitstellen weg (-6%), während die Zahl der Teilzeitstellen um 1,33 Millionen zunahm (+36%). Von 2003 bis 2008 entstanden 1,55 Millionen Minijobs (+27%). Doch anstatt gegen zu steuern, wollen Union und FDP die Minijobs sogar noch ausweiten.

Große Anfrage zur Rente mit 67 eingereicht

Mitte Dezember wurde die Große Anfrage der Linksfraktion zur Rente mit 67 eingereicht. Auf 24 Seiten wird mit 234 Fragen zur Beschäftigungssituation Älterer, ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage gefragt. Hintergrund: die Bundesregierung muss im Jahr überprüfen muss, ob die Anhebung des Rentenalters überhaupt vertretbar ist. Die große Anfrage dient deshalb dazu, den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen. Die Antwort der Bundesregierung ist Mitte des Jahres 2010 zu erwarten und wird hoffentlich vielfältige Ansatz- und Unterstützungspunkte im Kampf gegen die Rente ab 67 bieten.

Haushaltsloch in Bayern: Dem Freistaat fehlen 2011 drei Milliarden Euro

Für den Bayerischen Landeshaushalt 2010 müssen noch 150 Millionen Euro „zusammengekratzt“ werden, 2011 fehlen bereits 3 Milliarden Euro. Die Ursachen schaffen Union und FDP zumeist selbst: Die Wirtschaftskrise reißt ein Loch von 1,7 Milliarden Euro und die Steuerenkungspläne der Bundesregierung schlagen mit 360 Millionen Euro zu Buche. Die Bayern LB ist ein Fass ohne Boden: allein im Jahre 2009 eine Neuverschuldung von 1,5 Milliarden Euro. Union und FDP werden dem Bild eines ausgeglichenen Haushalts zukünftig hinterher sparen wollen – die Zeche für anstehende Kürzungsorgien zahlen dann die Bürgerinnen und Bürger selber.



Nicole Gohlke, hochschulpolitische Sprecherin der Linksfraktion, und Klaus Ernst beteiligen sich am Bildungsstreik in Berlin.



Klaus Ernst vor Ort:

11.01.2010, 12.00 Uhr, Berlin

Den politischen Start in das Jahr 2010 begeht die Linksfraktion mit einer großen öffentlichen Veranstaltung. Unter dem Motto „Fraktion vor Ort - sozial, friedlich, gerecht“ erwarten Hunderte von Gästen die Reden von Oskar Lafontaine u.a.

23.01.2010, 11.00 Uhr, Berlin

An der regulären Sitzung des Parteivorstandes nimmt Klaus Ernst als stellvertretender Parteivorsitzender teil.

25.01.2010, Berlin

Mit ihrem traditionellen Neujahrsempfang empfängt die Bundestagsfraktion DIE LINKE politische Partner und Partnerinnen aus Gewerkschaften, Verbänden und Kultur.

26.01.2010, 12.00 Uhr, Berlin

Die nächste reguläre Sitzung der Landesgruppe findet am 26. Januar um 12.00 Uhr in Berlin statt.

27.01.2010, Berlin

Zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus veranstaltet der Deutsche Bundestag am 27. Januar 2010 eine Gedenkstunde.

Klaus Ernst wird als stellvertretender Fraktionsvorsitzender teilnehmen.

01.02.2010, London

Klaus Ernst ist als Redner beim German Symposium der London School of Economics and Political Science geladen. Auf der Podiumsdiskussion aller Bundestagsparteien vertritt er DIE LINKE.

04.02.2010, 20.00 Uhr, Stuttgart

Vor dem Hintergrund der Autokrise in Baden-Württemberg diskutiert Klaus Ernst auf dieser Podiumsdiskussion im Gewerkschaftshaus (Großer Saal, Willi-Bleicher-Straße 20, 70174 Stuttgart).

17.02.2010, Passau

Zum traditionellen politischen Aschermittwoch in Passau vertritt Klaus Ernst DIE LINKE - als gebürtiger Münchner verspricht der Auftritt des stellvertretenden Parteivorsitzenden Zünftiges.

NEUES IM INTERNET:

Presse, Reden, Parlamentarisches

➤ **Große Anfrage zur Rente** unter dem Titel „Beschäftigungssituation Älterer, ihre wirtschaftliche und soziale Lage und die Rente ab 67“ soll Informationen gegen die Rente mit 67 liefern.

➤ **Positionen von Klaus Ernst.** Auf der Homepage www.klaus-ernst-mdb.de (Positionen) gibt es drei neue Rubriken: Steuer- und Finanzpolitik, Wirtschaftspolitik und Umwelt- und Energiepolitik. Schwerpunkt von Klaus Ernst bleibt weiterhin die Sozial-, Arbeitsmarkt und Gewerkschaftspolitik.

➤ **Klaus Ernst solidarisch mit Bildungstreik in Schweinfurt.** In einem Schreiben an protestierende Schüler/innen erläuterte er: „Die Fraktion DIE LINKE steht fest an der Seite aller derer, die sich für bessere und kostenfreie Bildung für alle einsetzen.“

➤ **Die Verblödungspolitik der neuen Regierung.** So der Titel eines Beitrages in der Zeitschrift Clara, dem Magazin der Linksfraktion. Der Koalitionsvertrag ver-

schärft die Umverteilung von unten nach oben, soziale Ausgrenzung und Kälte.

➤ **Neue Videos online.** Klaus Ernst sprach am 11.11.09 zum gesetzlichen Mindestlohn sowie am 26.11.2009 zur Altersteilzeit. „Während die einen bis zum Umfallen arbeiten müssen, wird der Berufseinstieg für junge Menschen immer schwieriger“, so Klaus Ernst.

➤ **Übersicht zur parlamentarischen Arbeit.** In dieser Übersicht sind alle parlamentarischen Initiativen, Reden und sonstigen Aktivitäten von Klaus Ernst von 2005 bis 2009 zusammengefasst.

➤ **Lohndumping bei Schlecker.** Die Drogeriemarktkette Schlecker verfolgt offenbar eine neue Geschäftsstrategie: bestehende Märkte werden geschlossen, neue eröffnet und dabei die Löhne durch die Übertragung auf eine Leiharbeitsfirma gesenkt. Online gibt es ein Flugblatt zum Lohndumping bei Schlecker.

Impressum & Kontakt

ViSdP

Klaus Ernst (MdB)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon & eMail

Berlin: 030 - 22 77 03 67, Klaus.Ernst@bundestag.de
Schweinfurt: 09721 - 730 9811, Klaus.Ernst@wk.bundestag.de

Internet

www.Klaus-Ernst-MdB.de

Klaus Ernst
als

erscheint regelmäßig und kann kostenlos bestellt werden. Der Versand erfolgt per eMail.